

# Job-Helfer verlieren Jobs: Kürzung trifft Betreuung

## Werkstatt-Treff Mecklenheide bittet Politik um Intervention

VON VERA KÖNIG

**HANNOVER.** Für die Integration von Langzeitarbeitslosen beschäftigt der Werkstatt-Treff Mecklenheide neun Mitarbeiter. Bisher. Denn weil das Jobcenter Region Hannover seine Fördermittel kürzt, muss der Verein Job-Helfer entlassen. Die Zahl der Stellen sinkt auf fünf.

Das Projekt wird nicht das einzige sein, bei dem sich die Folgen der Rotstift-Politik so fatal bemerkbar machen. Aber es ist das erste, das sich mit einem Brandbrief an die Politik wendet und um Hilfe bittet. Die Vielfalt der Arbeitsfelder für Langzeitarbeitslose wer-

de schrumpfen, warnt Vorstandsfrau Astrid Schubert. Etliche Angebote müssten ab sofort eingestellt werden.

Jobcenter-Chef Michael Stier hatte das bereits befürchtet, als er mit den Vertretern der Träger von den Kürzungen des Bundes berichtete. Allein in Hannover fehlen 7,5 Millionen-Euro für Eingliederungsmaßnahmen.

Der Bund begründet die Kürzungen mit vermutlich geringerem Aufwand für die Integration von Flüchtlingen. Die Zahl der Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten, die eine neue Heimat in Deutschland suchen, sei natürlich gesunken, sagt So-

zialdezernent Erwin Jordan als Vorsitzender der Trägerversammlung. Den Effekt aber bekomme das Jobcenter mit Verspätung zu spüren: „Wir haben 100 bis 150 Neuzugänge von Flüchtlingen pro Woche.“

Wegen des Sparzwangs muss das Jobcenter die Zahl der Maßnahmen für Langzeitarbeitslose, aber auch Jugendliche und Flüchtlinge von 22000 auf 16600 reduzieren – also fast um ein Viertel. Im Werkstatt-Treff Mecklenheide verändert sich der Betreuungsschlüssel. Ein Mitarbeiter des Teams Soziale Arbeit wird künftig nicht mehr für zwölf, sondern für 20 Ein-Euro-Jobber zuständig sein.

Der Werkstatt-Treff kämpft bei der Politik nicht nur für die eigenen Mitarbeiter, sondern auch für das Jobcenter. Schubert fordert eine Erhöhung des Verwaltungsbudgets für die Hartz-IV-Behörde. Sie dürfe sich nicht länger aus dem Topf für Eingliederungsmaßnahmen bedienen.

„Das Jobcenter hat zu wenig Geld, um Mitarbeiter, Mieten und Nebenkosten zu bezahlen“, erkennt das Projekt an. Aber die Mittel für öffentlich geförderte Arbeitsprojekte zu kürzen und damit Menschen „ohne Würde, ohne Sinn zu Hause sitzen“ zu lassen, sei skandalös. Die Politik müsse ein „Trägersterben“ verhindern.